



Die Rechte von Arbeitnehmern gelten in westlichen Demokratien oft als gefestigte Errungenschaften. Gewerkschaften sind institutionell verankert, Tarifverhandlungen gehören zum wirtschaftlichen Alltag, und das Streikrecht wird als selbstverständlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft betrachtet. Doch dieser Eindruck täuscht. Der jüngste globale Gewerkschaftsindex des Internationalen Gewerkschaftsbundes (CSI) zeichnet ein anderes Bild: Arbeitnehmerrechte geraten weltweit unter Druck – und zunehmend auch dort, wo man sie lange für gesichert hielt.

Die Diagnose der CSI ist bemerkenswert scharf. Die Organisation spricht nicht von einzelnen Rückschlägen oder regionalen Fehlentwicklungen, sondern von einer „systemischen Krise“. Gemeint ist damit eine Entwicklung, die weit über arbeitsrechtliche Fragen hinausreicht. Denn wo Beschäftigte ihr Recht verlieren, sich zu organisieren, kollektiv zu verhandeln oder zu streiken, verändert sich auch das Machtgefüge innerhalb einer Gesellschaft.

Der schleichende Rückbau sozialer Freiheiten

Die Zahlen sind alarmierend. Bereits 2025 verletzen 87 Prozent der untersuchten Staaten das Streikrecht. In vier von fünf Ländern wurde die kollektive Tarifverhandlung eingeschränkt. Fast drei Viertel der Staaten erschweren Arbeitnehmern den Zugang zur Justiz. Was zunächst wie eine technische Debatte über Arbeitsrecht erscheinen mag, berührt in Wirklichkeit zentrale Prinzipien demokratischer Ordnung.

Das moderne Arbeitsrecht entstand historisch als Korrektiv gegenüber wirtschaftlicher Machtkonzentration. Einzelne Arbeitnehmer verfügen gegenüber Unternehmen in aller Regel über eine schwächere Verhandlungsposition. Gewerkschaften und Tarifverträge sollen dieses Ungleichgewicht ausgleichen. Werden diese Instrumente geschwächt, verschiebt sich das Kräfteverhältnis zugunsten von Arbeitgebern und staatlichen Behörden.

Dabei erfolgt der Abbau selten offen. Häufig werden Streikmöglichkeiten durch administrative Auflagen erschwert, Demonstrationen eingeschränkt oder immer mehr Berufsgruppen als „essenziell“ eingestuft, sodass Arbeitsniederlegungen faktisch unmöglich werden. Der Eingriff erscheint dann technisch und pragmatisch – seine politische Wirkung bleibt jedoch dieselbe.

Europas unbequeme Realität

Besonders bemerkenswert ist, dass die CSI ihre Kritik nicht auf autoritäre Staaten beschränkt. Zwar finden sich unter den schlechtesten Ländern der Welt weiterhin Regime wie Belarus, Myanmar oder Ägypten. Doch auch Europa, traditionell als Hochburg sozialer Rechte



betrachtet, verzeichnet laut dem Index eine kontinuierliche Verschlechterung.

Die Entwicklung überrascht auf den ersten Blick. Europas Wohlfahrtsstaaten verfügen über starke arbeitsrechtliche Institutionen, hohe gewerkschaftliche Organisationsgrade und etablierte Systeme sozialer Partnerschaft. Dennoch beobachten Gewerkschaften eine zunehmende Einschränkung von Streikrechten sowie eine härtere Gangart staatlicher Behörden gegenüber Arbeitskämpfen.

Frankreich steht exemplarisch für dieses Spannungsfeld. Das Land besitzt eine lange Tradition sozialer Mobilisierung, von den Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts bis zu den Massenprotesten gegen die Rentenreform der vergangenen Jahre. Gerade deshalb fällt auf, dass staatliche Stellen zunehmend auf Instrumente zurückgreifen, die früher Ausnahmecharakter hatten. Zwangsverpflichtungen bestimmter Beschäftigtengruppen oder eine erweiterte Definition unverzichtbarer Dienstleistungen verändern schrittweise die Bedingungen kollektiven Protests.

Die Frage lautet dabei nicht, ob ein Staat kritische Infrastruktur schützen darf. Selbstverständlich muss die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet bleiben. Entscheidend ist vielmehr, ob Ausnahmeregelungen zur Regel werden. Wo dies geschieht, verliert das Streikrecht seinen Charakter als wirksames Druckmittel und wird zu einem symbolischen Recht ohne praktische Durchsetzungskraft.

Gewerkschaften als demokratische Institutionen

Die politische Bedeutung dieser Entwicklung wird häufig unterschätzt. Gewerkschaften sind nicht nur Interessenvertretungen von Beschäftigten. Sie gehören zu den zentralen Vermittlungsinstanzen moderner Demokratien.

Der Politikwissenschaftler Robert Dahl bezeichnete pluralistische Organisationen einst als unverzichtbare Bestandteile demokratischer Systeme. Sie schaffen Gegenmacht, bündeln gesellschaftliche Interessen und verhindern die Konzentration politischer oder wirtschaftlicher Autorität. Gewerkschaften erfüllen genau diese Funktion.

Historisch zeigt sich, dass autoritäre Regime unabhängige Arbeitnehmervertretungen fast immer als Bedrohung betrachten. Vom Faschismus in Europa über Militärdiktaturen in Lateinamerika bis zu heutigen Autokratien in Asien oder Afrika: Die Ausschaltung freier Gewerkschaften gehört regelmäßig zu den ersten Schritten politischer Machtkonsolidierung.



Der Zusammenhang ist nachvollziehbar. Wer sich am Arbeitsplatz organisiert, lernt kollektives Handeln, politische Artikulation und institutionellen Widerstand. Gewerkschaften produzieren damit gesellschaftliches Kapital, das weit über Lohnfragen hinausreicht.

Die neue Machtfrage der Globalisierung

Gleichzeitig verändert die wirtschaftliche Globalisierung die Voraussetzungen gewerkschaftlicher Einflussnahme. Digitale Plattformen, internationale Lieferketten und transnationale Konzerne erschweren traditionelle Formen kollektiver Organisation.

Während Kapital heute nahezu grenzenlos mobil ist, bleiben Arbeitnehmerrechte weitgehend national organisiert. Unternehmen können Produktionsstandorte verlagern oder Dienstleistungen grenzüberschreitend anbieten. Beschäftigte verfügen über deutlich weniger Ausweichmöglichkeiten. Dadurch wächst der Druck auf Regierungen, arbeitsrechtliche Standards im internationalen Wettbewerb flexibel auszulegen.

Hinzu kommt eine strukturelle Verschiebung der Machtverhältnisse. In vielen Volkswirtschaften ist die Kapitalrendite in den vergangenen Jahrzehnten stärker gestiegen als die Löhne. Gleichzeitig sinkt in zahlreichen Ländern der gewerkschaftliche Organisationsgrad. Diese Entwicklung bedeutet nicht zwangsläufig eine Verschlechterung der Lebensstandards, wohl aber eine Veränderung der Verhandlungsmacht.

Genau hier setzt die Warnung der CSI an. Die Organisation sieht einen Zusammenhang zwischen wachsender wirtschaftlicher Konzentration und der Schwächung kollektiver Arbeitnehmerrechte. Ob man diese Diagnose vollständig teilt oder nicht: Die Frage nach der Balance zwischen wirtschaftlicher Effizienz und gesellschaftlicher Mitsprache bleibt zentral.

Demokratien messen sich nicht allein an freien Wahlen oder unabhängigen Gerichten. Ebenso entscheidend ist die Fähigkeit ihrer Bürger, Interessen zu artikulieren und Macht auszugleichen. Das Streikrecht, die Tarifautonomie und die Vereinigungsfreiheit sind daher mehr als arbeitsrechtliche Instrumente. Sie bilden einen Teil jener demokratischen Infrastruktur, die gesellschaftliche Konflikte friedlich und institutionell verarbeitet.

Wenn diese Infrastruktur erodiert, geschieht dies meist schleichend. Keine Demokratie wird durch die Einschränkung eines einzelnen Streiks erschüttert. Doch die fortgesetzte Aushöhlung kollektiver Rechte verändert langfristig die politische Kultur. Der Arbeitnehmer verliert Einfluss, die Zivilgesellschaft verliert Handlungsspielraum, und wirtschaftliche Macht wird schwerer kontrollierbar.



Der globale Gewerkschaftsindex erinnert daran, dass soziale Rechte keine historische Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder verteidigt, begründet und an neue wirtschaftliche Realitäten angepasst werden. Wo dies unterbleibt, steht am Ende nicht nur die Stellung der Arbeitnehmer zur Debatte, sondern die Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften selbst.

Autor: Andreas M. Brucker